

Fünf Jahre Taliban-Herrschaft in Afghanistan: Menschenrechte, Bildung und humanitäre Krise

Dr. Alema

Working Paper Nr. 5

**Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan
und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen**

August 2026

Das Urheberrecht liegt bei den Autor*innen.

Working-Papers des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen* dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem Working -Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

Bitte zitieren als:

Alema (2026): *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen*. Frankfurt University of Applied Sciences.

Kontakt: Forschungsprojekt *Transformation und Schutz*

Prof. Dr. Marei Pelzer & Dr. Alema

Email: marei.pelzer@fra-uas.de, alema.alema@fra-uas.de

Frankfurt University of Applied Sciences

Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit

Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Gefördert durch:

**stiftung
PRO ASYL**

Fünf Jahre nach der Machtübernahme der Taliban befindet sich Afghanistan in einer tiefgreifenden politischen, sozialen und humanitären Krise. Besonders gravierend sind die Auswirkungen auf Frauen und Mädchen, deren grundlegende Rechte seit 2021 systematisch eingeschränkt werden.

Der Ausschluss von Bildung und Erwerbsarbeit, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, der Abbau rechtlicher Schutzmechanismen und die zunehmende humanitäre Not prägen die Lebenssituation großer Teile der afghanischen Bevölkerung. Aktuelle Berichte der Vereinten Nationen zeigen, dass sich diese Entwicklung auch im Jahr 2026 fortsetzt.

Menschenrechte und die Situation von Frauen

Zunächst stellt sich die Frage, wie sich die aktuelle Situation der afghanischen Bevölkerung und insbesondere der Frauen gestaltet.

Die Lage kann aus politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Perspektive als katastrophal bewertet werden. Die Taliban sind für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, zu denen Tötungen, Folter, öffentliche Bestrafungen und willkürliche Verhaftungen zählen. Darüber hinaus gibt es deutliche Anzeichen für die Unterdrückung von Medien, Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten (UN-Sicherheitsrat, 2024: 2; UNAMA, 2023).

Auch die aktuellen Berichte der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) bestätigen, dass die Einschränkungen grundlegender Rechte und Freiheiten im Jahr 2026 fortbestehen. Insbesondere die Bewegungsfreiheit und die öffentliche Teilhabe von Frauen werden weiterhin durch restriktive Vorschriften eingeschränkt und deren Einhaltung konsequent überwacht. So dokumentiert UNAMA für den Zeitraum April bis Juni 2026 unter anderem die Festnahme von mindestens 30 Frauen in der Stadt Herat, denen Verstöße gegen die von den Taliban vorgeschriebenen Hijab-Regeln vorgeworfen wurden (UNAMA, 2026a: 2).

Besonders evident ist die systematische Einschränkung des Rechts von Frauen auf Erwerbsarbeit. Die Taliban haben seit ihrer Machtübernahme eine Vielzahl von Dekreten erlassen, die das Verhalten von Frauen in unterschiedlichen Lebensbereichen regulieren. Diese Dekrete umfassen mehr als 80 Einzelbestimmungen. UN-Expertinnen und -Experten stufen diese systematische Diskriminierung und institutionalisierte Entrechtung als „Gender-Apartheid“ sowie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein (Human Rights Council, 2023; 2025).

Die institutionelle Ausgrenzung von Frauen betrifft inzwischen auch den öffentlichen Dienst. Nach Angaben von UNAMA wurden im ersten Quartal 2026 Frauen aus der

Gehaltsabrechnung des öffentlichen Dienstes entfernt; damit entfiel für die betroffenen Frauen die Auszahlung ihrer bislang bereits reduzierten Gehälter. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Einschränkung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen nicht nur den privaten Arbeitsmarkt, sondern auch staatliche Strukturen betrifft (UNAMA, 2026b:2).

Darüber hinaus wurden Frauen aus öffentlichen Ämtern, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), UN-Arbeitsfeldern und humanitären Strukturen verdrängt oder in ihrer Tätigkeit erheblich eingeschränkt.

Es lässt sich feststellen, dass formelle und informelle Beschränkungen inzwischen nahezu alle Lebensbereiche von Frauen prägen. Die Durchsetzung von Kleidungs- und Verhaltensvorschriften erfolgt mit großer Konsequenz und kann bei Nichtbefolgung zu Festnahmen führen. Die aktuellen UNAMA-Feststellungen aus dem Jahr 2026 zeigen, dass diese Vorschriften nicht lediglich auf dem Papier bestehen, sondern weiterhin aktiv durchgesetzt werden (UNAMA, 2026c:2).

Auch die Verpflichtung, sich von einem männlichen Verwandten begleiten zu lassen, führt zu erheblichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, der Erwerbsfähigkeit und des Zugangs zu medizinischer Versorgung. Die Trennung von Frauen und Männern im öffentlichen und beruflichen Alltag ist zu einem Instrument systematischer sozialer Kontrolle geworden.

Zugang zur Justiz

Besonders problematisch ist die Situation im Bereich der Justiz. Frauen haben im Vergleich zu Männern fast viermal seltener Zugang zu formellen Justizmechanismen. Nach den im März 2026 veröffentlichten UN-Erkenntnissen gaben lediglich 14 Prozent der befragten Frauen an, Zugang zu formellen Verfahren zur Streitbeilegung zu haben, gegenüber 53 Prozent der befragten Männer. Mehr als die Hälfte der befragten Frauen berichtete zudem, dass sich ihr Zugang zur formellen Justiz im vergangenen Jahr verschlechtert habe (UNAMA, 2026d).

Diese Entwicklung hat zur Folge, dass viele Frauen Missbrauch, Zwang oder Diskriminierung nur schwer anfechten können. Als Ursachen nennt die Untersuchung unter anderem die Auflösung beziehungsweise Suspendierung zentraler institutioneller und rechtlicher Mechanismen, den Ausschluss von Frauen aus dem Rechtssektor und den Verlust zahlreicher auf Frauen ausgerichteter Justizangebote (UNAMA, 2026).

Auch die jüngsten rechtlichen Entwicklungen bestätigen diese problematische Situation. Am 14. Mai 2026 veröffentlichten die De-facto-Behörden das Dekret Nr. 18, den sogenannten „Code on Judicial Separation of Spouses“. UNAMA äußerte hierzu ausdrücklich große Besorgnis. Während Männer weiterhin einseitig das Recht auf Scheidung besitzen, müssen Frauen komplexe und restriktive gerichtliche Verfahren durchlaufen, um eine Ehe zu beenden. Nach Einschätzung von UNAMA

institutionalisiert das Dekret damit eine strukturelle Ungleichbehandlung und schränkt die Autonomie von Frauen in grundlegenden Fragen ihrer Sicherheit und persönlichen Lebensführung ein (UNAMA, 2026e).

Besonders problematisch ist die Regelung im Hinblick auf Mädchen. Das Dekret enthält ein eigenes Kapitel zur Trennung von Mädchen, die die Pubertät erreicht haben und verheiratet sind. Nach Einschätzung von UNAMA impliziert dies, dass Kinderehen zugelassen werden. Darüber hinaus kann das Schweigen eines Mädchens nach Eintritt der Pubertät als Zustimmung zur Ehe interpretiert werden. Damit werden der Grundsatz der freien und vollständigen Zustimmung zur Ehe und der Schutz des Kindeswohls erheblich beeinträchtigt (UNAMA, 2026f:3).

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit einem umfassenden Abbau rechtlicher Schutzmechanismen seit 2021. Bereits zuvor hatten die Taliban zahlreiche Regelungen eingeführt, die die Autonomie von Frauen in Ehe und Familie einschränken. Die geltenden Bestimmungen ermöglichen Frauen nur unter stark eingeschränkten Voraussetzungen eine Scheidung.

Auch das Tugendgesetz von 2024 verpflichtet Frauen zur vollständigen Verschleierung und erklärt die weibliche Stimme zur Intimsphäre, die in der Öffentlichkeit nicht mehr hörbar sein darf (AP, 2024).

Die Verschlechterung der Rechtslage ist damit Teil eines umfassenden Prozesses institutionalisierter Diskriminierung, der sich auch 2026 fortsetzt.

Eine anhaltende humanitäre Krise

Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die Betrachtung der humanitären Bedingungen, unter denen die afghanische Bevölkerung lebt.

Die gegenwärtige Situation ist durch eine anhaltende humanitäre Krise gekennzeichnet. 23,7 Millionen Menschen, darunter 12,3 Millionen Kinder, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gleichzeitig liegt die Armutsquote bei über 97 Prozent (UNHCR, 2025; UNDP, 2025).

Die Streichung humanitärer Hilfen seitens der USA sowie die Massenabschiebungen aus Pakistan und dem Iran tragen zusätzlich zur Verschärfung der Situation bei. Auch das Gesundheitssystem ist von den Kürzungen der internationalen Unterstützung erheblich betroffen.

Infolge der Schließung von 167 Gesundheitseinrichtungen war der Zugang zu medizinischer Versorgung für 1,6 Millionen Menschen nicht mehr gewährleistet (WHO, 2025).

Die humanitäre Krise steht dabei nicht isoliert neben der politischen Entwicklung. Vielmehr verstärken sich politische Repression, wirtschaftliche Schwäche, Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe und der Rückgang internationaler Unterstützung gegenseitig.

Bildung als Schlüssel zur Zukunft Afghanistans

Die Struktur des Bildungssystems in Afghanistan ist für die Situation von Mädchen und Frauen von zentraler Bedeutung.

Afghanistan ist das einzige Land weltweit, in dem die Sekundar- und Hochschulbildung für Mädchen und Frauen offiziell untersagt ist. 2,4 Millionen Mädchen haben derzeit nicht die Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen (UNESCO, 2026). Darüber hinaus ist der Zugang zu Universitäten sowie zu zahlreichen qualifizierenden Bildungswegen versperrt.

Insgesamt sind 21,4 Millionen Frauen und Mädchen von der systematischen Einschränkung fundamentaler Rechte betroffen (UNHCR, 2024).

Die Folgen dieser Entwicklung sind weitreichend. Bereits heute zeichnet sich ein langfristiger Mangel an Lehrerinnen, Ärztinnen, Pflegerinnen und Sozialarbeiterinnen ab. Auch jüngere Kinder sind von dieser Problematik betroffen, da es zunehmend an qualifizierten Lehrkräften mangelt.

Eine eingeschränkte Bildung geht mit geringeren Einkommensmöglichkeiten, einer verminderten individuellen Selbstbestimmung sowie einer eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe einher. Bildungsverbote stellen daher nicht nur ein individuelles Unrecht dar, sondern beeinträchtigen auch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft des gesamten Landes.

Der Ausschluss von Mädchen und Frauen aus weiterführender Bildung hat somit Konsequenzen, die weit über die unmittelbare Bildungssituation hinausreichen. Er betrifft die zukünftige Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte und damit zentrale Bereiche der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans.

Parallel dazu wird das staatliche Schulsystem zunehmend in ein religiös geprägtes Madrasa-System transformiert, das inzwischen über 21.000 Einrichtungen umfasst. Verwaltungsfachkräfte werden dabei zunehmend durch religiös geschulte Taliban-Anhänger ersetzt (DW, 2024; Afghan Diaspora Network, 2023).

Damit verändert sich nicht nur der Zugang zu Bildung, sondern auch die institutionelle und inhaltliche Ausrichtung des afghanischen Bildungssystems. Der Ausschluss von Mädchen und Frauen aus weiterführender Bildung verstärkt langfristig die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Taliban-Herrschaft.

Wirtschaftliche Situation und Versorgungslage

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Versorgungslage der afghanischen Bevölkerung. Seit die Taliban die politische Führung Afghanistans übernommen haben, ist das Land weitestgehend vom internationalen Bankensystem ausgeschlossen. Die Arbeitslosenquote ist hoch, und ein signifikanter Anteil der Bevölkerung ist von Ernährungsunsicherheit betroffen.

Die Implementierung von Sanktionen und die Beschlagnahme der Gelder der afghanischen Zentralbank haben zu einer erheblichen Schwächung der afghanischen Wirtschaft geführt.

Die wirtschaftliche Situation ist eng mit der humanitären Lage verbunden. Der Rückgang internationaler Unterstützung trifft dabei auf eine ohnehin fragile Wirtschaft und auf eine Bevölkerung, deren Möglichkeiten zur eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts zunehmend eingeschränkt sind.

Rückkehr aus Pakistan und Iran

Verschärft wird die Situation durch die Rückkehr großer Zahlen afghanischer Staatsangehöriger aus Pakistan und dem Iran. Bereits im Mai 2026 legten die Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen einen 529 Millionen US-Dollar umfassenden Response Plan für rund 2,7 Millionen Afghaninnen und Afghanen vor, die zwischen April und Dezember 2026 aus Pakistan und Iran zurückkehren beziehungsweise zurückgeführt werden könnten. Dies verdeutlicht das Ausmaß des zusätzlichen humanitären Drucks, dem Afghanistan im Jahr 2026 ausgesetzt ist (UNAMA, 2026).

Bereits bis Ende 2025 waren Berichten zufolge fast fünf Millionen Menschen nach Afghanistan zurückgeführt worden. Empirische Daten des UN-Entwicklungsprogramms verdeutlichen die schwierige Lage vieler Rückkehrerinnen und Rückkehrer: Nahezu 90 Prozent dieser Familien sind hoch verschuldet.

Um ihr physisches Überleben zu sichern, greifen Familien zunehmend auf negative Bewältigungsstrategien zurück. Dazu zählen Kinderarbeit, Zwangsehen zur Begleichung von Schulden sowie die Reduzierung oder Unterbrechung der Lebensmittelversorgung (WFP, 2025).

Die Rückkehr großer Bevölkerungsgruppen trifft somit auf eine Gesellschaft, deren wirtschaftliche und soziale Strukturen bereits erheblich belastet sind. Die Folgen zeigen sich nicht nur in der individuellen Verschuldung, sondern auch in der zunehmenden Belastung familiärer und gesellschaftlicher Unterstützungssysteme.

Die Zukunft Afghanistans

Die Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre zeigen, dass die Situation in Afghanistan nicht auf eine einzelne Krise reduziert werden kann. Menschenrechtsverletzungen, die Einschränkung der Rechte von Frauen und Mädchen, der Ausschluss aus dem Bildungssystem, wirtschaftliche Unsicherheit und humanitäre Not stehen in engem Zusammenhang.

Insbesondere die systematische Einschränkung der Rechte von Frauen und Mädchen hat weitreichende Folgen. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung von Bildung, Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird, betrifft dies nicht nur die individuelle Lebenssituation der Betroffenen, sondern auch die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes.

Die aktuellen UNAMA-Berichte aus dem Jahr 2026 verdeutlichen, dass die Einschränkungen nicht lediglich historische Folgen der Machtübernahme von 2021 darstellen. Vielmehr werden bestehende Beschränkungen weiter institutionalisiert und neue rechtliche und administrative Mechanismen geschaffen, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zusätzlich begrenzen (UNAMA, 2026).

Die Zukunft Afghanistans hängt daher wesentlich davon ab, ob es gelingt, grundlegende Rechte, Zugang zu Bildung und gesellschaftliche Teilhabe wiederherzustellen und gleichzeitig die humanitäre Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Fazit

Frauen und Mädchen in Afghanistan sehen sich einer systematischen Erosion ihrer Rechte in den Bereichen Bildung, Arbeit, Bewegungsfreiheit und Justiz gegenüber. Die seit 2021 eingeführten und kontinuierlich verschärften Regelungen haben zu einer zunehmenden Verstärkung von Abhängigkeit, gesellschaftlichem Ausschluss und Schutzlosigkeit geführt.

Die aktuellen UNAMA-Erkenntnisse aus dem Jahr 2026 zeigen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Die Festnahme von Frauen wegen vermeintlicher Verstöße gegen Kleidervorschriften, die Entfernung von Frauen aus der öffentlichen Gehaltsabrechnung, die erheblichen Unterschiede beim Zugang zur Justiz sowie das neue Dekret zur gerichtlichen Trennung von Ehepartnern verdeutlichen, dass die Einschränkungen nicht nur einzelne Lebensbereiche betreffen, sondern zunehmend institutionell verankert werden (UNAMA, 2026).

Diese Entwicklung manifestiert sich in unterschiedlichen Lebensbereichen, darunter Ehe und Familie, Bildung, Erwerbsarbeit, öffentliche Teilhabe und der alltägliche Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen.

Die Konsequenzen dieser Politik beschränken sich jedoch nicht auf die individuelle Ebene. Sie beeinflussen auch die soziale, wirtschaftliche und humanitäre Zukunft

Afghanistans insgesamt. Der Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung von Bildung, Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe schwächt langfristig die institutionellen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes.

Fünf Jahre nach der Machtübernahme der Taliban zeigt sich damit ein umfassender Prozess der politischen, sozialen und rechtlichen Transformation Afghanistans. Besonders die systematische Entrechtung von Frauen und Mädchen sowie die anhaltende humanitäre und wirtschaftliche Krise stellen zentrale Herausforderungen für die Zukunft des Landes dar.

Literatur

Afghan Diaspora Network (2023): The Proliferation of Madrassas in Afghanistan: A Concerning Trend.

Associated Press (AP) (2024): The Taliban Publish Vice Laws That Ban Women's Voices and Bare Faces in Public.

Deutsche Welle (DW) (2024): Mehr als 21.000 religiöse Schulen sind in Afghanistan aktiv.

Human Rights Council (2023): Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Afghanistan. A/HRC/53/21.

Human Rights Council (2025): Access to justice and protection for women and girls and the impact of multiple and intersecting forms of discrimination. A/HRC/59/25.

Medica Mondiale (2026): Afghanistan: Neues Taliban-Gesetz legitimiert Zwangsverheiratung.

UNAMA (2023): Bericht über außergerichtliche Tötungen unter Taliban-Herrschaft.

UNAMA (2025): No safe haven: Human rights risks faced by persons involuntarily returned to Afghanistan.

UNAMA (2026)a: Update on the Human Rights Situation in Afghanistan: April–June 2026.

UNAMA (2026)b: Update on the Human Rights Situation in Afghanistan: January–March 2026.

UNAMA (2026)c: Women in Afghanistan nearly four times less likely than men to have access to Formal Justice Mechanisms: Januar–März 2026.

UNAMA (2026)d: Statement on Afghanistan's De Facto Authorities' Decree No. 18 "Code on Judicial Separation of Spouses": April–June 2026.

UNAMA (2026)e: Statement on Afghanistan's De Facto Authorities' Decree No. 18 "Code on Judicial Separation of Spouses": April–June 2026.

UNAMA (2026)f: Statement on Afghanistan's De Facto Authorities' Decree No. 18 "Code on Judicial Separation of Spouses": April–June 2026.

UNDP/United Nations Development Programme (2025): Afghanistan Socio-Economic Review.

UNHCR (2024): Afghanistan Women and Girls Factsheet.

UNHCR (2025): Afghanistan Refugees: Facts & Crisis News.

UN-Sicherheitsrat (2024): The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security.

UNESCO (2026): Five years on: Keeping learning alive for girls and women in - UNESCO
Five years on: Keeping learning alive for girls and women in Afghanistan.

WHO/World Health Organization (2025): 80 % der von der WHO unterstützten Einrichtungen in Afghanistan riskieren die Schließung bis Juni.

WFP/World Food Programme (2025): Berichte zur drohenden Hungersnot in A